



Hauptausschuss

22. Sitzung (öffentlich)

22. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungs-demokratisierungsgesetz) 5**

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1447
Stellungnahmen 17/903, 17/904

Der Hauptausschuss lehnt den Gesetzentwurf Drucksache 17/1447 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

- 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 7**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, eine Anhörung im schriftlichen Verfahren durchzuführen und nähere Absprachen hierzu im Kreis der Obleute zu treffen.

3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte) 8

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3801

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung durchzuführen und die Modalitäten im Kreis der Obleute zu klären.

4 Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3774

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, sich an der geplanten Anhörung im Rechtsausschuss am 19. Juni 2019 nachrichtlich zu beteiligen.

5 Leistungen deutschstämmiger Zugewanderter, der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler wertschätzen – unsere und ihre Geschichte lebendig halten 10

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3526

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4294

Vorlage 17/1413

Der Hauptausschuss kommt überein, die Beratung dieses Antrags zu verschieben.

**6 Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben –
Politische Bildung muss alle mitnehmen! 11**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/815

Ausschussprotokoll 17/214

Der Hauptausschuss kommt überein, die Beratung dieses
Antrags zu verschieben.

7 Ruhrkonferenz 12

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1418

8 Verschiedenes 17

* * *

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3005

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) weist auf die Beratungen zum vorliegenden Gegenstand in der Enquetekommission der vergangenen Wahlperiode und die zwischenzeitlichen Änderungen im Diskurs hin. Sodann beantragt er eine Anhörung unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände. Seine Fraktion halte die Einholung schriftlicher Stellungnahmen für ausreichend.

Angela Freimuth (FDP) regt an, Näheres im Kreis der Obleute zu klären. Sie behalte sich vor, nach Eingang der schriftlichen Stellungnahmen gegebenenfalls eine mündliche Anhörung zur Klärung offener Fragen zu beantragen.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, eine Anhörung im schriftlichen Verfahren durchzuführen und nähere Absprachen hierzu im Kreis der Obleute zu treffen.

